

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 80 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13 693

Interests kosten die halbpalmen Zeitungs oder deren Raum 80 Pfg. bei Platzverdrängung 10 Pfg. Schwere Tag nach höherem Tarif - Der Preis für das Belegen von Prospekten 10 bei der Gesamtauflage 4 - Mk. jedes Tausend bei Zellaufgabe 5 - Mk. - Schluss der Annahme von Inseraten für die 1200er Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

Der französische Durchbruchplan gescheitert.

Die neuesten Meldungen.

Brizon gegen Briand.

Paris, 23. April. (W. Z. B.) Im Journal de Peuple schreibt der der Reichsthaler Gruppe angehörende französische Deputierte Brizon, der bekanntlich mehrmals schon von der Kammer ausgeschlossen wurde, sehr heftige Anklagen gegen Briand, der einer der Innenminister (Industriables) sei, die man unschädlich machen müsse. Er gehöre zu jenen, die dem Sozialismus abtrünnig geworden und ebenso schädlich seien, wie die Anarchisten. Auch Millerand und Delcassé gehörten zu diesen Industriables, die beide nur noch im Schatten lebten. Briand sei jetzt gestürzt, versuche aber wieder aufzukommen. Man solle achtgeben; denn er sei der „Prince des Industriables“. Brizon habe die Absicht, in der Kammer einen Beschlusantrag einzubringen, wonach diese entsprechend Artikel 12 der Konstitution Briand in Anklagezustand versetze. Er wolle seinen Antrag in der Kammer damit begründen, daß Briand mit Einschüchterung und Drohung gearbeitet, sich mit den Antimilitaristen öffentlich solidarisiert und den Soldaten angeraten habe, auf die Offiziere zu schießen, wenn diese im Streitfall auf die Menge schießen lassen sollten. Briand habe die republikanischen Gesetze ständig verletzt und durch eine skandalöse und korruptierte Politik das republikanische Regime erschüttert. Solche Verbrechen müßten nicht nur gebrandmarkt, sondern auch bestraft werden.

Ein Uebereinkommen der Entente.

Romano, 24. April. Der italienische Verkehrsminister gibt bekannt, daß zwischen den verbündeten Regierungen ein Abkommen bezüglich des Ankaufs von Dampfschiffen getroffen worden sei, um das Ansteigen der Preise dieser Schiffe zu verhindern. Die italienischen Reederei müssen daher ihre etwaigen Ankaufsverhandlungen dem Ministerium mit Angabe aller Einzelheiten übergeben und die Erlaubnis dazu erwirken. (Volksanzeiger.)

Eine amerikanische Mission für Rußland.

Amsterdam, 21. April. Nach einem Telegramm aus Washington ist der Präsident Wilson mit der Zusammenstellung einer amerikanischen Mission beschäftigt, welche nach Petersburg entsandt werden soll, um dort mit der vorläufigen Regierung zu verhandeln, auf welche Weise die Vereinigten Staaten Rußland am besten unterstützen könnten.

Vier englische Zerstörer vermisst.

Basel, 24. April. Einem Privattelegramm zufolge herrscht in London seit einigen Tagen große Besorgnis über das Schicksal von vier Zerstörern, die im Kanal vor der Themse Dienst taten und von denen man seit 14 Tagen nichts mehr gehört hat. Inzwischen hat die Admiralität die Vorpedierung des einen Zerstörers bekanntgegeben. Man glaubt jetzt allgemein, daß auch die anderen drei verloren seien. (Volkszeitung.)

Die Krise in Portugal.

Basel, 24. April. Dem Temps zufolge wird Almeida wahrscheinlich Präsident des neuen portugiesischen Kabinetts bleiben und das Innere übernehmen. Costa und Maltos werden die Finanzen und den Krieg behalten. Die Umbildung des Kabinetts dürfte vor allem die Ministerien für Handel und Industrie, Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten treffen, da die Wirtschafts- und Verpflegungskrise des Landes jedenfalls einer der Gründe für die Kabinettskrise ist. (Frankfurter Zeitung.)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 23. April befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Das System der Selbstversorger ein Uebel.

Einige Tage vor dem Herabsetzen der Brotration erschienen in der Presse beruhigende Mitteilungen. Zuerst meldete sich Herr Legien. Er hatte sich ermächtigen lassen, unverbindlich eine alsbaldige Erhöhung der wöchentlichen Brotanteile in Aussicht zu stellen. Dann kam das Berliner Tageblatt mit der Nachricht, daß nach Auskunft des Kriegsernährungsamts die Beschlagnahmen auf dem Lande bedeutend größere Vorräte ergeben hätten, als durch die Bestandsaufnahmen festgestellt worden seien. Vorsichtig diplomatisch wird dazu bemerkt, daß eine Vergrößerung der Brotationen trotzdem noch zweifelhaft sei, wenn auch die ermittelten Ueberschüsse ein reichliches Teil zu einer ausreichenden Ernährung bis zur neuen Ernte beitragen würden. Demnach wird man die Hoffnung auf größere Brot- und Mehlszuweisungen wohl fassen müssen. Die Mitteilungen haben anscheinend nur den Zweck, die Befürchtungen zu zerstreuen, als ob mit noch einer weiteren Verkleinerung der Brotanteile gerechnet werden müsse. Solche beruhigende Wirkung darf ferner von der Mitteilung aus Wien erwartet werden, wonach in einer Besprechung von Ernährungssachverständigen festgestellt worden sei, daß für Oesterreich-Ungarn und Deutschland Lebensmittel in solchen Mengen vorhanden seien, daß die Ernährung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte keine Sorge bereite.

Daß diese Versicherungen indes die Hamsterjucht großer Kreise überwinden werden, wagen wir nicht zu hoffen. Wir müssen vielmehr verlangen, daß nun endlich die schon oft vorgeschlagenen Maßnahmen in Anwendung kommen, die eine bessere Verteilung sichern. Dazu gehören Beschlagnahmen und allgemeine öffentliche Speisungen, durch die alle wichtigen Nahrungsmittel erschaffen werden. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Ernährungsregelung hat die jüngste Beschlagnahme des Getreides deutlich erwiesen.

Wenn bisher die Ansicht ausgesprochen wurde, auf dem Lande seien noch größere Mengen verheimlichter Vorräte vorhanden und es würden immer noch Brotgetreide und Kartoffeln unzulässigerweise verfüttert, dann erhob die agrarische Presse ein Geschrei über ungerechtfertigte Verächtlichmachung der Landwirte. Bei den Betrügereien auf dem Lande handle es sich höchstens um wenige Ausnahmen oder - um Irrtümer! Noch in den letzten Tagen wurde der Leiter des preussischen Ernährungsamts, Dr. Michaelis, in landwirtschaftlichen Vereinen in der schärfsten Weise angegriffen, weil er es gewagt hatte, öffentlich die Ueberzeugung auszusprechen, es sei viel Getreide verfüttert worden. Die Deutsche Tageszeitung behauptete am 13. April, nur in vereinzelten Fällen hätten Landwirte Getreide verfüttert. Das Ergebnis der Beschlagnahme ist ein schlechtes Beweismittel für dergleichen Behauptungen, wenn natürlich auch nicht behauptet werden kann, daß alle Landwirte das Verfütterungsverbot übertreten und Lebensmittelvorräte verheimlicht hätten. Immerhin ist der Anlaß zu dem jüngsten Ehrenrettungsversuch der Deutschen Tageszeitung zugunsten der Landwirte bemerkenswert genug, um hier kurz noch erwähnt zu werden.

Der Verband deutscher Müller, in dem vorwiegend Großmühlen vereinigt sind, verlangt die Beseitigung des Systems der Selbstversorger, das sich als ein großes Uebel, als die eigentliche Quelle von Unterherrschaft erwiesen habe. Der Verband behauptet, daß die kleinen Mühlen, die im Müllerbund organisiert sind, in umfangreichem Maße in ungesetzlicher Weise von den Selbstversorgern beschlagnahmt würden. Das heißt: die Selbstversorger lassen viel größere Mengen Getreide ausmahlen, als ihnen gesetzlich erlaubt ist! Ueberdies würden auch noch „im Hause“ erhebliche Mengen von Mehl, Graupen und Grütze heimlich herzustellen. Der Mißbrauch sei so groß, daß man befürchten müsse, die Gesetzgebung werde sich veranlaßt sehen, die in Frage kommenden Mühlen zu schließen. Eine solche Maßnahme könne jedoch auch unschuldige Besitzer kleiner und mittlerer Mühlen treffen. Das müsse verhindert werden. Daher empfehle es sich, mit dem System der Selbstversorger aufzuräumen, dann würden der Allgemeinheit erheblich größere Mengen von Mehl zur Verfügung gestellt werden können.

Gegen diese Forderung wandte sich der Müllerbund. Auch er bezeichnet es als Tatsache, daß „ein großer Teil der Selbst-

versorger erheblich mehr Getreide - und besonders Brotgetreide - verbraucht habe, als ihnen gesetzlich zustand“. - Für diesen Mißbrauch sei aber nicht das System der Selbstversorger, sondern die Niedrigkeit der Preise für Getreide und der zu hohe Preis für Vieh verantwortlich zu machen. „Da Getreide und Hafer im allgemeinen höher im Preise stehen als Roggen und Weizen, haben die Landwirte hauptsächlich Brotgetreide verfüttert.“ - Wir ättern nach der Deutschen Tageszeitung, D. B. - Hier möchten wir uns die Zwischenbemerkung gestatten, daß die zu hohen Preise für Vieh eine Folge der starken Verteuerung der Getreide und des Hafers durch die Großgrundbesitzer sind. Auf diesen Umstand ist in der Leipziger Volkszeitung wiederholt hingewiesen worden, wobei wir die Forderung vertreten, diese Getreidepreise und damit auch die Viehpreise zu ermäßigen. Wäre dieser Forderung Folge gegeben worden, dann hätte die Ernährungsschwierigkeit nicht die jetzige bedrückende Schärfe annehmen können. Aber wieder waren es die Großgrundbesitzer, die der notwendigen Regelung widersprachen und sie zu verhindern verstanden. - Der Müllerbund bemerkt weiter, daß die erwähnte Unbilligkeit in den Preisen auch ohne Selbstversorger die mißbräuchliche Verwendung beschlagnahmter Vorräte hervorgerufen haben werde. Daher könne das angegriffene System bestehen bleiben, nur die Preise müßten in entsprechender Weise ausgleichend werden.

Hier wird den Landwirten von ihren Freunden bestätigt, daß nicht wenige von ihnen viel Getreide verfüttert und sie außerdem für den persönlichen Verbrauch - vielleicht auch zum Verkauf zu extra hohen Preisen - erhebliche Mengen Getreides verbraucht haben. Die Deutsche Tageszeitung wagt das nicht ernsthaft zu bestreiten, sie will zugeben, daß „in einzelnen Fällen Brotgetreide verfüttert“ worden sei. Im Übrigen begnügt sich das Blatt mit der Behauptung, die Beseitigung des Systems der Selbstversorger würde noch schwerere Schäden hervorrufen und die Lebenshaltung auf dem Lande verteuern.

Wir gestatten uns der bescheidenen Meinung zu sein, daß eine Verhinderung mißbräuchlicher Verwendung von Lebensmitteln, eine gerechtere Verteilung und die Sicherung der Volksernährung wichtiger und dringlicher sei als die Bevorratung der Selbstversorger. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Organisationen des Müller deckt einen Uebelstand auf, der unbedingt beseitigt werden muß.

„Neuland“.

In Nr. 85 vom 13. April 1917 weist die Rheinische Zeitung, das Kölner „Mehrschicks“-Blatt, in einem Neuland überfriesenen Aufsatz nach, daß der Krieg das Proletariat erheblich vermehrt. Nach einem eingesehenen Zitat aus der Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz nimmt der nationalliberale Führer Professor Moldenhauer dem „Mehrschicks“-sozialistischen Staatsrat zu, der sich geäußert hat, aus diesen im Proletariat hinabstinkenden Wässern werde der Sozialdemokratie ein großer Zuwachs zuteil werden. Wörtlich heißt es dann:

Das Moldenhauer, dem es an politischen Erfahrungen nicht fehlt, in der Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz voraussetzt, ist eine weitverbreitete Ansicht. Daß sie keine wirtschaftliche Unterlage hat, beweisen die Einkommensveränderungen in Wien. Wir müssen uns aber vor dem Trugschluss hüten, als wählten uns nun die Millionen neuer Wähler von selber zu. Die Anziehungskraft der Sozialdemokratie hängt nicht nur von ihren programmatischen Forderungen, sondern vielleicht ebensosehr von ihrem Verhalten in der politischen Tagesarbeit ab. Auch sind die größeren oder geringeren Anaristisitäten, die sie den Gegnern bietet, wohl in Rechnung zu stellen.

Solche Grundfälle symbolisiert am besten eine Wetterjahre. Auch sie hat kein Programm, nach dem sie sich bewegt. Gehorsam folgt sie jeder Luststimmung, auch wenn diese noch so häufig wechselt. Programmatische Forderungen erfüllen nicht das Bedürfnis der „Rheinischen“ nach „Anziehungskraft der Sozialdemokratie“, sie will dieser Anziehungskraft vielmehr auf die Beine helfen durch ein entsprechendes „Verhalten in der politischen Tagesarbeit“. Wie dieses Verhalten geartet sein soll, das zeigt der letzte oben zitierte Satz, wonach die „größeren oder geringeren Anaristisitäten, die sie (die Sozialdemokratie) den Gegnern bietet, wohl in Rechnung zu stellen“ sind. Diese Verknüpfung in klaren Deutsch übertragen heißt: Der bisherige Charakter der Sozialdemokratie hat den Gegnern